

Nebrer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 10 Pf. Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkasse Nebra — Bantverein Aktien.

Nr 9

Sonnabend, den 19. Januar 1929

42. Jahrgang

850 Millionen Defizit.

Nebrer Finanzminister Dr. Silberding über den Haushalt.
Im Haushaltsausgleich des Reichstages wurde die Haushaltsberatung mit einer allgemeinen Ausdrucksfrage fortgesetzt. Nebrer Finanzminister Dr. Silberding wird zunächst darauf hin, daß der Nachtragshaushalt für 1928 im wesentlichen aus der Personalhaushalts für 1929 sei, worin 30 Millionen Markt in Bezugs kommen. Davon seien 26 Millionen zumangelaufen, 14 Millionen entfielen auf Ausgaben, die nicht absolut zwingenden Ursachen entsprängen. Diese 14 Millionen dienten zur Durchführung der Reichsstaatsreform, zur Verbesserung des Verkehrs und Betriebsleistungen, Erhaltung von Eisenbahnen und Seilbahnen, sowie zur Bekämpfung der durch die Saisonarbeiterfrage in Höhe von 28 Millionen Markt. Reichsstaatsreform umfasse die im Jahre 1928 mit einem Ueberschuß abgelaufenen. Nebrer Finanzminister Silberding schloß dann die Frage für 1929 an und erklärte, daß solange das Reich nicht zur Deckungsfrage des Haushalts für 1929 nicht endgültig Stellung genommen habe, könne er bestimmte Angaben dazu nicht machen. Nach seinen Berechnungen werde der Haushalt vollkommen ausgeglichen sein. Infolgenden mit der Erhöhung der Reparationslasten um 31 Millionen Markt im Jahre 1929 auf 600 Millionen. Selbstverständlich seien noch weitere Anforderungen der Reichsregierung, die das Defizit auf rund 850 Millionen Markt erhöhen würde. Der Minister betonte seine Bemerkungen, diese Anforderungen hätten herabzumindern der Betrag, der durch neuen Steuerbedarf zu decken sei, werde sich auf rund 350 Millionen Markt belaufen. Der Minister hielt eine vorläufige Verhandlung des Haushalts noch für möglich und erklärte dann abschließend im Gegensatz zu der deutschen parlamentarischen Auffassung.

Der Nachtragshaushalt 1928 sei für die Behandlung der Reparationsfrage nicht geeignet.
Es handle sich um eine wirtschaftspolitische Frage, deren Größe nicht zunächst in finanziellen Ausmaß festzulegen müsse. Wichtig sei die Reparationsfrage finanziell mit der Gesamtsituation des Haushalts verbunden, insofern werde eine Erörterung der Reparationsfrage bei der Beratung des Haushalts zu erfolgen haben. Im übrigen sei der Zeitpunkt der Behandlung der Reparationsfrage eine wichtige politisch-wirtschaftliche Angelegenheit, deren Entscheidung sich die Reichsregierung vornehmen müsse.

Berrat.

Deutsche Geheimendenschrift in einem englischen Blatt veröffentlicht.
Die Zeitschrift „Review of Reviews“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer, unterzeichnet „Manticus“, die Uebersetzung einer angeblichen Denschrift des Reichswehrministers Broecker, in der der Reichswehrminister die Parteiführer von der Notwendigkeit des Baues des Panzerkreuzers A zu überzeugen sucht.

Manticus meint zur Erläuterung, die Denschrift enthalte die Ansichten des Reichswehrministeriums über die internationale internationale Lage. Man könne gewisse Einwendungen gegen die Argumente Crookers erheben.
Die Denschrift selbst beginnt: „Vertraulich. Der Reichswehrminister, Berlin, November 1928. Das Panzerkreuzer A.“ Aus dem Text sei hervorgehoben, daß das angebliche Dokument ausführlich, die völlige Verteidigungslosigkeit eines Landes bedeute.
geradezu eine Einladung an diejenigen Mächte, die deutsches Gebiet begehren.
Solten würde geradezu nach Dänemark hineingekickt, wenn es nicht mehr Frieden müsse, den Weg durch Verteidigungsmaßnahmen zu finden. Die Denschrift erinnert an die Befreiung von Rom durch Italien, von Wien durch Polen und von Wien durch Italien. In jedem der genannten Fälle sei es der Zweck des Ueberfalls gewesen, ein Land acqumpli zu schaffen, aus der Befreiung würde ein gewisses Selbstbewußtsein zu machen. Es heißt am weitesten: „Politische Hunger nach deutschem Gebiet in Dänemark oder Oberbayern und politische politische Betätigung sind keine Geheimnisse.“ Es wird dann noch auf die militärische Ausbildung polnischer Zivilbevölkerung hingewiesen und erwähnt, daß eine weitere Aufgabe der Verteidigungsministerie Schutz der Neutralität im Falle eines Konfliktes zwischen fremden Mächten sei. Dabei werden die Möglichkeiten solcher Fälle, darunter die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Polen

und Litauen mit Rußland im Hintergrund, England und Rußland usw. ausgeführt.
„Es ist bloß eine Frage der Zeit, daß diese Gegenstände ausgeglichen werden.“

Für den Fall eines politischen Eintrages in Dänemark sei die Verlegung Dänemarks mit Munition und Mannschaften nur auf dem Seewege möglich, wozu die deutsche Kriegsmarine in der Ostsee überlegen sein müße. Augenscheinlich sei dies der Fall. Zufällig aber habe man damit zu rechnen, daß die polnische Flotte evtl. durch französische Seestreitkräfte verfehrt werde.
Im Falle der neuen Panzerkreuzer müßten folgende Anforderungen gestellt werden: Genügende Schnelligkeit, um mit den deutschen Kreuzern zusammenarbeiten und Gefechten mit großen Einheiten auszuweichen. Fernsicht Kreuzer von 10 000 Tonnen müßten sie überlegen und fähig sein, großen Schiffschiffen entscheidenden Schaden zuzufügen. Außerdem müßten sie gegen U-Boote und Luftangriffe auf das beste geschützt sein. Diesen Anforderungen entsprächen die jetzigen deutschen U-Boote nicht.
Im übrigen müßte man in Betrachtung der Verfassungslage keine anderen Gedanken an das Wesen der Panzerkreuzer, daß alle in der Denschrift enthaltenen Gedanken im Reichstag und in den Ausschüssen ausführlich zur Sprache kommen müßten. Außerdem handele es sich nicht um eine Denschrift der Reichsregierung, sondern eines einzelnen Reichsministers.

Wie das Schriftstück nach London kam.
London, 17. Januar.
Der Herausgeber der „Review of Reviews“, Wlthamsted, gab eine Erklärung darüber ab, wie die deutsche Denschrift über den Bau des Panzerkreuzers in seinen Besitz gekommen sei. Er sagte: Die Denschrift ist nicht ein geheimes Staatsdokument, aber sie ist sehr wichtig. Die ganze Sache war eine deutsche militärische Erklärung, die den Parteiführern vertraulich mitgeteilt wurde. Sie ist durchaus authentisch, und sie ist nicht gefälscht worden. Sie ist in der üblichen Weise an mich gelangt, auf einem Wege, den ich gerne und zu dem ich Vertrauen habe. Zu der Berliner Meldung, daß von den deutschen amtlichen Stellen eine Unterlegung angeordnet worden sei, bemerkt Wlthamsted: „Soweit ich in Frage komme, können sie so viel unterlegen wie sie wollen.“

London, 17. Januar.
Im Weihen Hause in Washington fand heute vormittag um 10 Uhr die feierliche Unterzeichnung des Kriegsverzichtsvertrages durch Präsident Coolidge statt. Die Besonderheit dieser Zeremonie wurde noch dadurch unterstrichen, daß sämtliche Mitglieder des Kabinetts, Vizepräsident Dawes und zahlreiche Senatoren anwesend waren. Demnach die Vertragsunterzeichnung wird die Platzierungsurkunde dem eigentlichen Vertrag beigefügt werden.

Staatssekretär Kellogg hat sich mit großer Befriedigung über die Annahme des Kriegsverzichtsvertrages durch den Senat ausgesprochen. Der deutsche und der englische Botschafter sowie eine Reihe anderer in Washington beglaubigter Diplomaten hatten dem Staatsdepartement Besuche ab und beglückwünschten den Erfolg zu der Unterzeichnung des Vertrages durch den Senat.

Eröffnung der Ausprache über die Flottenverträge.
Die Ausprache im amerikanischen Senat über die Kreuzerfrage ist mit einer Rede des Senators Swanton eröffnet worden. Swanton forderte mit allem Nachdruck eine größere Flotte für die Vereinigten Staaten mit dem Hinweis, daß Großbritannien die Meere beherrschen wolle.

Die Ernennung Morgans und Youngs.
Nicht vor nächster Woche.
Paris, 17. Januar.
Das Vernehmen zur Ernennung der amerikanischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses hat, wie das „Echo de Paris“ u. a. ausführlich, am vergangenen Montag begonnen, als der englische Botschafter in Washington, Howard, an den amerikanischen Botschafter in Paris, Gifford, in Tokio, Japan und Deutschland die Botschafter Pierpont Morgan und Owen Young vorgelegte haben. Gleichzeitige habe die englische Regierung wissen

lassen, daß ihr die beiden Persönlichkeiten genehm seien. Am Dienstag hätten Frankreich und Deutschland, am Mittwoch Belgien und Italien und sicher auch Japan ihre Zustimmung erteilt.
Seit der Ernennung Pierpont Morgan und Owen Young ein offizielles Angebot unterbreiten, mit denen Barter Gilbert bereits Fühlung genommen habe. Wenn die Einwilligung Morgans und Owen Youngs vorliege, würden die Reparationskommission und die deutsche Regierung nachher sie sich verweigert hätten, daß letztere der Washingtoner Regierung keine Bedenken befänden, die Trennung der amerikanischen Sachverständigen vorzunehmen.
Nach einer Washingtoner Meldung werde die formelle Ernennung durch die Reparationskommission nicht vor nächster Woche erfolgen.

Barter Gilbert hat die Gerichte über seine Rücktrittsabsichten in einer sehr kategorisch erscheinenden, aber trotz dem sehr wenig klaren Form demieziert. Er äußert sich lediglich: „Es mag Ihnen genügen, daß ich selbst zum ersten Male davon höre!“
Damit ist in keiner Weise gesagt, daß Herr Gilbert derartige Absichten nicht hat. Es heißt lediglich, daß man ihn bei der Befragung durch die Sachverständigen zum ersten Male davon gesprochen hat. Die amerikanische Presse hält denn auch weiterhin die Behauptung aufrecht, daß von einem weiteren Verbleiben Barter Gilberts als Reparationsagent nur dann die Rede sein könne, wenn die Sachverständigenkommission vollständig erfolgreich ausgehen würde. Diese Meinung erklärt zur Genüge, warum Herr Gilbert sich an einem Erfolg der neuen Reparationsverhandlungen überhaupt nicht interessiert gezeigt hat. Man muß sogar im Interesse der politischen Sauberkeit die Frage aufwerfen, ob Erwägungen dieser Art nicht auch für seinen Ueberschreiten und so unbedeutend optimistischen Zustand der Abfassung seines letzten Jahresberichtes maßgebend waren.

So rüffelt man in Polen.
Haft ein Drittel der Staatsausgaben für Kriegsvorbereitung.
Warschau, 17. Januar.
Im Budget-Ausschuß des polnischen Landtages wurde die Ausprache über den Militärhaushalt begonnen. Der Berichterstatter, Major Kosciuszowski, leitete hierbei mit, daß die polnischen Ausgaben für die Kriegsvorbereitung 40 Prozent der gesamten Staatsausgaben ausmachen würden. Im Vergleich zum Vorjahre seien diesmal 54 Millionen Zloty mehr eingesetzt worden.
In der Ausprache wurde weniger die Höhe des Staatskredit als die Personalpolitik, die im Jahre getrieben werde.

König Alexanders Pläne.
Einführung des wahren Parlamentarismus durch gerechte Wahlgesetze.
Paris, 17. Januar.
Der „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung seines Sonderberichterstatters mit König Alexander von Jugoslawien. Der König erklärte u. a.: Er habe nur die Wahl gehabt, die Verantwortung voll und ganz zu übernehmen oder sein Land der Anarchie preiszugeben. Das Parlament ist nicht genügend gewahrt, überhaupt noch eine arbeitstüchtige Regierung zu bilden. Späterhin wolle er sein Land durch gerechte Wahlgesetze am wahren Parlamentarismus und der wahren Demokratie teilnehmen lassen. Er wolle, daß die Bevölkerung ihren Willen mit mehr Unabhängigkeit als in der Vergangenheit bekomme. Im dieses Ziel zu erreichen, müsse eine gesamtliche und liberale Regierung vorbereitet werden, die gleichzeitig die territoriale und geistige Einheit Jugoslawiens schütze. Es müsse eine gute Beamtenbesetzung herangebildet werden.

Der Revolutionkrieg in Afghanistan.
Straßenkämpfe in Kabul.
Kabul, 17. Januar.
Nach den letzten hier eingetroffenen Nachrichten aus Afghanistan besteht es sich, daß die Stadt Kabul bereits von den Aufständischen besetzt ist. Es finden Straßenkämpfe statt. Die ausländische Truppe hat das Gebäude der türkischen Gesandtschaft besetzt.
Der neue König befindet sich zwar immer noch in Kabul, aber er ist nicht mehr der Herrscher. Drei Viertel der Stadt befinden sich bereits auf Seiten der Aufständischen. Der Führer der Aufständischen, General Walsayat, hat es abgelehnt, mit den Briten zu verhandeln, sie der neue König zu ihm gelangt hatte.
Gerücheweise verlautet, daß der Stamm Mohmand bestrebt, die Wiederherstellung von Anandshah zu verlangen und ihn zu bitten, die gegen die Aufständischen zu führen.

Drei Könige in Afghanistan.
Nach der letzten Meldung aus Kabul ist auch der zum König ausgerufenen Bruder Amanullah, Anand Shah, geflohen worden; der Reichsführer Walsayat hat sich zum König ausgerufen lassen. Kabul ist von den Aufständischen eingenommen, die ausländischen Missionen befinden sich jedoch in Sicherheit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290119-15/fragment/page=0001



Es gährt überall.

Vor dem Ausbruch einer Revolution in Honduras?

Paris, 16. Januar.

Nach einem Santos-Telegramm aus Neuquén soll in Honduras der Ausbruch einer Revolution drohen.

Die Ausländer verlassen bereits in größter Hast das Land. Befanlich sind die Kooperativen mit dem Ausgange der letzten Wahlen, bei denen sie geschlagen wurden, sehr unzufrieden. Der amerikanische Kreuzer „Denver“ liegt für alle Fälle an der Küste von Honduras vor Anter, um fliehende Ausländer aufnehmen zu können.

Aus dem In- und Auslande.

Der Spar-Kommissionar bei der Reichswahl.

Berlin, 17. Januar. Von Seiten des Reichspar-Kommissionars ist die Verwaltung des Reichsbeeres und der Reichsmarine in der letzten Zeit an Ort und Stelle geprüft worden. Bei der Reichsmarine sind Zusammenlegungen mit schnellstem Erfolg durchgeführt worden. Bei der Reichswahl werden die Prüfungen der Standort-Verwaltungen im nächsten Frühjahr fortgesetzt werden.

Vor 1890 erlassene Polizeiverordnungen

Die der Amtliche Preussische Präsidentschaft mitteilt, hat der Minister des Innern den Befehl erteilt, sämtliche Polizeiverordnungen, die von den Landesregierungen, Kreis- und Ortspolizeibehörden, soweit sie vor dem 1. Januar 1890 erlassen sind, mit Ausnahme derjenigen, die die Strom-, Schiffahrts- und Sittenpolizei betreffen, mit Wirkung vom 1. Mai d. J. außer Kraft zu setzen. Dieser Befehl besteht aus dem Beschlusse vom 1. Januar 1890 erlassenen Polizeiverordnungen, die nach diesem Datum abgeändert sind.

Um das Kleinrentnerfürsorge-Gesetz.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages nahm ein Vertreter des preussischen Wohlfahrtsministeriums zu der vorberichtigten vertretenen Auffassung Stellung, als ob die Mitglieder in der Fürsorge darauf bestanden, daß die Durchführung der Fürsorge durch die räumliche Überlastung der Fürsorge, die insbesondere Preußen diese Grundzüge nicht übernommen, sondern eigene erlassen habe. Preußen habe bisher die Kleinrentner- und jede Veränderung eingeführt, nur bei der letzten Novelle zu den Kleinrentner-Gesetzen habe es sich nicht davon überzeugen können, daß sie tatsächlich eine wirkliche Lösung für die Verbesserung der Fürsorge baten.

Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums sprach sich gegen alle Vorstöße aus, die Verjüngungsansprüche lediglich aus früherem Kapitalbezug oder Renteneinkommen abzuleiten, erklärte aber, die Reichsregierung sei bereit, durch ein Gesetz praktische Sicherungen zugunsten der Kleinrentner zu schaffen.

Die Deutschnationalen ließen erklären, daß sie an dem Verjüngungsgebanten und an dem durch die Geldwertung verloren gegangenen Kapitalbetrag als Ausgangspunkt schloßen. In gleichem Sinne äußerte sich die Deutsche Volkspartei. Vom Zentrum wurde nochmals der feste Wille betont, etwas Vorstöße für die Kleinrentner zu schaffen zu helfen. Der sozialdemokratische Redner sprach sich entschieden dagegen aus, daß der Kapitalbetrag im Jahre 1917 der Ausgangspunkt für eine staatliche Nothilfe sein solle.

Gefangeneneinweisung vor dem Strafrechtsauschuß.

Berlin, 17. Januar.

In der Sitzung des Strafrechtsauschusses des Reichstages wurde weiter der Paragraph 156, nach dem die Befreiung oder die Erleichterung des Einweisungs-Gefangenen mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden soll und mit Zwangsarbeit bis zu fünf Jahren, wenn der Täter im Amt handelt, angenommen.

Genau fanden die beiden folgenden Paragraphen Annahme, die das sachliche Einweisungs-Gefangenen von Gefangenen behandeln und den Begriff des Gefangenen festlegen. Auch der Paragraph 159 (Bestrafung von schuldigem Verurteilten) fand mit einigen Zusätzen und Veränderungen Annahme. Darauf verlagte sich der Ausschuss auf Dienstag nächster Woche.

Verlängerung des Grundvermögenssteuergesetzes.

Berlin, 18. Januar. Wie der Amtliche Preussische Präsidentschaft mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium vom Staatsrat einen Gesetzentwurf gegeben, durch den die Verlängerung des Grundvermögenssteuergesetzes und die Einführung der Einheitswerte als Wertungsgrundlage für den landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Grundbesitz sowie für das Vergleichen und die Besteuerung ist.

Gegen Wahlschwindel.

Vorschlag des Reichsinnenministeriums.

Berlin, 17. Januar.

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstags-Untersuchungsausschuß des Strafrechtsauschusses einen Vorschlag unterbreitet, dem Paragraphen, der sich mit der Täuschung bei Wahlen und Abstimmungen befaßt, folgende Fassung zu geben:

„Wer bei der Durchführung einer Wahl oder Abstimmungshandlung durch Täuschung bewirkt, daß jemand bei der Stimmabgabe über ihren Inhalt im Irrtum war oder eine ungültige Stimme abgab oder die Stimmabgabe unterläßt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 17. Januar. Für den Fall des Zusammentritts des Reichstages am 24. Januar 1929 wird die demokratische Reichstagsfraktion einen Tag vorher eine Fraktionsversammlung abhalten, auf der die gegenwärtige politische Lage und insbesondere die mit dem neuen Reichstagsauswahl zusammenhängenden Fragen eingehend beraten werden sollen.

Annahme des Gesetzes über die mitteldeutschen Metallindustrie.

Halle, 17. Januar. Der Gesetzesentwurf in der mitteldeutschen Metallindustrie ist von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern angenommen worden.

Keine Übernahme der Geschäfte der thüringischen Rechnungsamtern.

Weimar, 18. Januar. Im letzten Abschnitt der Verhandlungen zwischen dem Land Thüringen und dem Reich zur Übertragung der Geschäfte der thüringischen Rechnungsamtern auf den Reichsrechnungshof haben sich 30

große Schwierigkeiten ergeben, daß das thüringische Ministerium von der Verwirklichung dieses Planes Abstand genommen hat. Für die Regierung mag wohl bestimmend gewesen sein, daß sich für eine entsprechende Vorlage im thüringischen Landtag wohl keine Mehrheit gefunden hätte.

Vertragung der Umgebungspläne im Westen verlangt.

Düsseldorf, 18. Januar. Der Provinzialausschuß für den Rheinproving hat in seiner letzten Sitzung einen Beschluß gefaßt, den Landesparlament zu bitten, grundsätzliche Richtlinien zu den Umgebungsplänen auszuarbeiten und in der nächsten Sitzung des Provinzialausschusses vorzulegen, weil die meisten Umgebungspläne des Ministers des Innern unzulässig nicht spruchreif seien und eine Vertragung der Angelegenheit auf mindestens fünf Jahre geboten sei.

Kreuzer „Emden“ vor Neapel. Nach thüringischer Fahrt ist der Kreuzer „Emden“ aus Cartagena kommend, in Neapel eingetroffen und dort vor Anker gegangen.

Clémenceau wieder gesund. Der ehemalige französische Ministerpräsident Clémenceau, der in den letzten Tagen an einer Grippe erkrankt war, ist wieder genesend.

Rechtlich unangenehm. Verhandlungen über die Opantenfrage in San Remo. In San Remo trafen die rumänischen und die ungarischen Vertreter zusammen, um den wichtigsten Teil der Opantenfrage zu behandeln.

Bemühungen um Vergrößerung der polnischen Handelsflotte. Dieser Tage ist unter dem Namen „Bänders Postale“ (Polnisches Banner) eine Schiffhütte und Seehandels-Gesellschaft in Lissabon gegründet worden, deren Anteile 25. März betragen sollen. Die Gesellschaft hat sich das Ziel gesetzt, den polnischen Schiffbau, Seehandel usw. in jeder Hinsicht zu fördern.

Austritt des portugiesischen Handelsministers. Wie aus Lissabon gemeldet wird, ist der portugiesische Handelsminister zurückgetreten. Der Ministerpräsident führt vertretungsweise das Handelsministerium.

Aus den Beratungen des polnischen Landtagsausschusses geht hervor, daß Polen für ein Drittel seiner gesamten Haushaltsausgaben für Wohnungswesen veranschlagt.

Flamenführer Dr. Worms aus der Haft entlassen.

Brüssel, 17. Januar.

Der Führer der flämischen Antiquisten, Dr. Worms, wurde am Donnerstag aus der Haft entlassen und begab sich nach Löwen nach dem Ort, wo er vorläufig bei Familienmitgliedern wohnt. Nachdem Dr. Worms das Verhängnis in Löwen verlassen hätte, sandte er noch von der Stadt aus ein Telegramm an seine Frau nach Brüssel, in dem es heißt: „Ich bin frei, es lebe Flandern!“

Ein Lebensmittellieferant in Rußland.

Konno, 17. Januar. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Rat der Volkskommissare den Landwirtschaftsminister der Sowjetunion Kubjak zum außerordentlichen Kommissar für die Durchführung der russischen Getreide- und Futtermittelversorgung ernannt. Außerdem hat Kubjak unbegrenzte Vollmachten für die Verjüngung der Städte mit Lebensmitteln erhalten.

Der chinesische Innenminister zurückgetreten. Wie aus Peking gemeldet wird, ist der chinesische Innenminister General Yen Hsiang an zurückgetreten. Gleichzeitige hat er auch seinen Posten als Gouverneur der Provinz Schansi aufgegeben. Der General soll in der nächsten Zeit im Auftrag der Kanting-Regierung nach Tibet und der Mongolei reisen, um dort die Verhältnisse zu studieren.

Weibischhof Deitmer T.

Berlin, 18. Januar.

Im 64. Lebensjahr starb der Weibischhof in Berlin, Dr. theol. h. c. Josef Deitmer, an Herzschwäche, die als Folge einer schweren Grippe mit Lungenentzündung aufgetreten war.

Weibischhof Deitmer war geboren am 12. August 1865 zu Münster in Westfalen und empfing 1887 die hl. Priesterweihe. Nach mehrjähriger Tätigkeit als Kaplan im Wallfahrtsort Revelar kam er 1892 zur St. Mathiasgemeinde nach Berlin. Im Jahre 1895 wurde er zum Pfarrer in Steglitz ernannt und wirkte dort, bis er 1920 zum Pfarrer von St. Hedwig und fürstlich-bischoflichen Delegation ernannt wurde. Die bischöfliche Konsekration erhielt er 1923 durch Kardinal Vertraut von Breslau. Sowohl auf staats- wie vor allem auch auf kulturpolitischem Gebiet hat er eingegriffen und die Belange seiner Kirche vertreten. Die ersten öffentlichen Vorträge in Berlin sind von ihm ins Leben gerufen worden.

Zu dem Problem des Finanzausgleichs.

In der „Beilage für Selbstverwaltung“, dem Organ des Deutschen und Preussischen Landtages, vertritt die besonnte Landtagsabordnung v. Gruen-Berlin grundsätzlich über die Frage des Finanzausgleichs. Er geht von dem Gedanken aus, daß zwischen den reichen und armen Gebietskörperschaften ein regelmäßiger Ausgleich Platz greifen muß, damit jede einzelne in der Lage ist, die für zum Wohle der Bevölkerung obliegenden Aufgaben ohne steuerliche Überlastung zu erfüllen.

Aufgabenausgleich und Finanzausgleich stehen in gegenseitiger Wechselwirkung. Der Aufgabenausgleich bedeutet stets eine Verringerung der Zuständigkeit. Daß ein Gebietsausgleich zwischen den einzelnen Ländern notwendig ist, ergibt sich aus folgender Uebersicht über das durchschnittliche Einkommen pro Kopf der Bevölkerung. Im Jahre 1925 betrug:

der Reichsbürgerschaft	294.—	Mark
in Preußen	224.—	„
in Bayern	218.—	„
in Sachsen	307.—	„
in Hamburg	434.—	„
in Bremen	453.—	„
in Mecklenburg-Strelitz	163.—	„
in Württemberg	122.—	„

Der Verfasser geht dann in interessanten Ausführungen auf die Leistungsfähigkeit der Großstädte im Bereiche der Kleinrentner, Landgemeinden und Landkreise ein, befaßt sich eingehend den Einkommensunterschied des Reichs und innerhalb der Länder, den Schuldenausgleich, die Polizeifinanzregelung und den organisierten Ausgleich durch Zusammenfassung zu höheren Kommunalverbänden. Ausgiebig wird gesprochen über den Verteilungsmaßstab nach dem kommunalpolitischen Grundsatzprogramm.

Abg. v. Gruen kommt zu der Schlussfolgerung, daß die bisherige Verteilung der Steuererträge sowohl hinsichtlich der Höhe als auch des Systems änderungsbedürftig ist.

Aus der Umgegend

Nebra, 19. Januar.

— Kirchliches. Im Gottesdienst am Sonntag wird der 400-Jahrestag des Lutherischen Katechismus gedacht werden. Am 20. 1. sind 400 Jahre verflossen, seit Georg Meier, Luthers Mitarbeiter, in einem Briefe schrieb: „Während ich dies schreibe, fällt mein Blick auf die Wand meiner Sinderbüchse; da sehe ich Tafeln an der Wand geheftet, die auf kurze und in handgegriffener Form ein Katechismus Luthers für die Kinder und das Gebirge umfassen.“ Das sind wohl die Tafeln mit den 3. und 5. Hauptstücken gesehen. Im März sind dann auch die Tafeln mit dem 4. und 5. Hauptstück hergestellt. Erst kurze Zeit später erließen der Katechismus aus in Buchform. Wie viele Geschlechter sind nun schon aus dieser „Bibel im Kleinen“ unterrichtet worden! Wie viel Segen hat er damals gestiftet! Und wie nötig ist es für unsere Jugend und unser Volk, daß die Grundschulbücher des Katechismus uns wieder in Fleisch und Blut übergeben. — Es sei noch darauf hingewiesen, daß häufig Frage getragen wird, daß während des Hauptgottesdienstes der Gemeindefest nicht übermäßig beliebt ist.

— Freiwillige Feuerwehr. Die Freiwillige Feuerwehr hieß am 5. Januar ihre diesjährige Hauptversammlung im Vereinslokal ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung des im vergangenen Jahre verstorbenen langjährigen Kameraden Franz Dauer, sowie der im Weltkrieg gefallenen Kameraden. Aus dem Jahres- und Stellenbericht ist hervorzuheben, daß die Wehr 3. Jt. aus 53 aktiven und 4 Ehrenmitgliedern besteht. Durch Unterstützung seitens der Stadt Nebra war es der Wehr ermöglicht, im vergangenen Jahr erhebliche Aufwendungen für Verbesserung der Ausrüstung zu machen. Es ist beabsichtigt, in diesem Jahre eine mehrwöchige Leiter auszubilden. Ferner wurde einmütig der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit der Sanitätskommission zugestimmt. Die Wahl des Kommandos ergab einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Das diesjährige Ehringfest soll am 17. Februar im „Schützenhaus“ mit Theater und Ball begeben werden.

— Alles in den Ratscheln. Die Ratscheln haben die Wehr des renommierten Saates durch Veranstaltung eines Giltel-Balles fest. Morgen Sonntag ist großes Pokertreffen. Käse, Flecker und Konditorei bieten das Beste und für Stimmung wird ebenfalls vorgesorgt sein.

— Jahrmarkt ist morgen, verberge die Sorgen, denn lustig und heiter, kommt zu gewiß weiter. In ein Jahrmarktsumme, noch dazu ein außerordentliches, ist gewiß eine große Veranstaltung, auf der gesungene Gesichter nicht gelitten werden. Seit einigen Tagen wird im Schützenhaus gebümmelt und gezimmt, um den Saal und alle Nebenräume marktfertig zu machen. Da heißt es Hauptmarkt haben, um alle Vordiensten unterzubringen. Der Eintritt ist billig und mit der Galaformate ist zugleich eine Preisfahrt auf der Nachbarn — die erste in Nebra — verbunden. Wie auf jedem Markt, wird es Gelegenheit für allerlei Vergnügen geben und den Schluß wird ein fröhlicher Jahrmarktsumme bilden.

— Preislauf in der „Burg“. Ein Sport in der warmen Gasse ist bei der hohen Temperatur wohl der angenehmste. Ein solcher Sport ist das beliebteste Spiel. Zwar spielt der gebührende Eifer regelmäßig seinen Platz, bald gewinnt er, bald verliert er, er bleibt sich immer derselbe. Am Sonntag aber wird in der „Burg“ nicht nur gemächlich gespielt, es gilt den Kopf anzuziehen, denn die besten Spieler treffen sich dort zum Preislauf, und keiner möchte dabei leer ausgehen.

— Die Stadtschiffspiele geben am Sonntag das sensationellste Drama: „Der liebe Vult und Leib“. Die Liebe muß ja in so manchem Theaterstück erhalten, warum soll nicht auch der Filmsregisseur es verdienen, ein solches Drama daraus zu drehen. — Für den humoristischen Teil sorgt diesmal der Student Enoch, ein Mitarbeiter, der schon in vielen anderen Rollen seine humoristische Begabung gezeigt hat.

— Für junge Mädchen wird die Nachricht von Interesse sein, daß im Laufe des nächsten Monats hier eine Weibischhof eröffnet wird, in der junge Mädchen als Lernende Aufnahme finden können. Wie wichtig es für Mädchen ist, sich auf ihren Hausfrauenberuf vorzubereiten, weiß jede Mutter an ihrem, es wird daher wohl den neuen Unternehmern an lehrstärklichen Scholaren nicht fehlen. Anmeldungen sind in der „Burg“ anzunehmen; die Tage, an denen die Unternehmern dort zu sprechen ist, ersehen die Reflektanten aus der Anzeige in vorliegender Nummer.

— Für Hundparteilnehmer. Das Preschicht der Oberprokuratur teilt mit, daß vom 13. Januar ab in der Bestellung der Wellenläufer für die Hundbüchsen eine Veränderung eintritt. Die Wellenläufer der deutschen Hauptbüchse sind im allgemeinen um einige Meter vergrößert worden. Es werden fünfzig arbeiten: Königsberg (Pr.) auf Wellen 280,4 m, Breslau 321,2 m, Leipzig 361,9 m, Stuttgart 374,1 m, Hamburg 391,6 m, Frankfurt/Main 421,3 m, Langenberg (Rh) 462,2 m, Berlin 1475,4 m, Wilmshaus 536,7 m, Jelen 1648,0 m. Einzelheiten über die neue Wellenverteilung sind in den Fachzeitschriften veröffentlicht worden.

— Weichhörn für das Impfen von Obstbäumen. Der Minister hat der Landwirtschaftskammer auch für das Jahr 1929 wieder Mittel für das Impfen von Kern-Obstbäumen in Aussicht gestellt. Die näheren Bestimmungen für deren Vergütung als Weichhörn werden den Interessenten auf Anforderung zugesandt. Zu allen Fällen, in denen Weichhörn ist, Weichhörn für das Impfen von Kern-Obstbäumen zu beantragen, sind die zugehörigen Fragebogen unverzüglich auszufüllen und an die Landwirtschaftskammer in Halle zurückzusenden.

— Nikotinarme und nikotinfreie Tabakfabrikate. Wie die vom Reichsgesundheitsamt und von anderen sachverständigen Stellen vorgenommenen Untersuchungen ergeben haben, befinden sich unter Bezeichnungen wie „entnikotiniert“, „nikotinfrei“, „nikotinfrei“, „nikotinfrei“, „natürlich“, „entnikotiniert“ oder „nikotinfrei“ Tabakfabrikate im Handel, die ebenjodiert oder nur unwesentlich weniger, zum Teil sogar mehr Nikotin enthalten oder in dem Rauch abgeben wie durchschnittlich die gewöhnlichen Tabakerzeugnisse. Hierin liegt deshalb eine erhebliche Gefahr, weil empfindliche oder träge Personen, denen der Nikotin im nikotinfreien Tabak gefehlt hat, durch den Genuß solcher Tabakfabrikate gesundheitlich geschädigt werden können. Tabakfabrikate, die als „entnikotiniert“, „nikotinfrei“, „natürlich“, „entnikotiniert“ oder mit gleichartigen Bezeichnungen in der Handel kommen, sind aber in ihrem Nikotingehalt von gewöhnlichen Tabakerzeugnissen nicht wesentlich unterschieden, sind ebenfalls als irreführend bezeichnet im Sinne des § 4 Nr. 3, § 13 des Lebensmittelgesetzes vom 5. Juli 1927 (Reichsgesetzblatt I S. 134) anzusehen. Daneben würde auch eine Strafverfolgung nach § 4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (Reichsgesetzblatt S. 499) in der Fassung vom 21. März 1925 (Reichsgesetzblatt II S. 115)

Radfahrer-Vereinigung Nebra und Umgegend



Sonntag, 20. Januar 1929, abends 8 Uhr im Schützenhaus

Großer Jahrmarkts-Rummel

Rutschbahn — Rostbratwürste — Kegelbahn — Schnurrad usw.

Stimmung! — Eintritt 50 Pfennig inkl. 1 Freikarte für die Rutschbahn. — **Stimmung!**

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

DER VORSTAND

Bekanntmachung.

Bei der Stadterhaltung sind zwei Arbeiterstellen zu besetzen. Bezahlung soll nach dem Tarif für Gemeinbedienstete erfolgen. Bewerbungen sind umgehend an den Magistrat einzureichen. Nebra, den 18. Januar 1929. Der Magistrat.

Zur Beachtung.

Wir bitten unsere Geschäftskunden um Begleichung ihrer Schuld **innerhalb 10 Tagen**, um gerichtliche Einziehung zu vermeiden.

Geschwister Litzke, Nebra.

Verkauf von jetzt ab ständig bei Dachdeckermeister Robert Wauer in Nebra:

prima Rohfleisch und Wurstwaren
sowie ff. Brühwürstchen. **Arndt.**

Hotel und Café „Zur Burg“



Sonntag,
den 20. Januar,
von 2 Uhr nachm. an:

Großer

Preisskat.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 20. Januar, abends 8^{1/2} Uhr:
Der Liebe Luft und Leid
Sensations-Drama.

Bemerke:

Snooky als Student.

Es ladet freundlichst ein **Vorgwardt.**

Suche zum 1. Februar

ehrliches, sauberes junges

Mädchen

als Aufwartung.

Frau Kielblock.

Nächster

Volkswirtschaftlicher

Vortrag:

Dienstag, den 22. Januar

in der „Burg“:

„Sinn und Wirtschaft“

Kleinwangen

Voranzeige

Sonntag, den 27. Januar 1929

Grosser

MASKENBALL



Voranzeige.

Vom 18. Februar cr. ab beschäftigte ich in
Nebra a. N., Feldstraße 161
eine

Weiß-Näh-Stube

einrichtungen. Junge Mädchen werden im Weißnähen, sowie in Handarbeiten jeder Art unterrichtet. Ich bitte, mein neues Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Theresia Nürnberg, Döcklich bei Querfurt.

NB.: Anmeldungen nehme ich vorläufig am Montag, dem 21. 1., 28. 1., 4. 2., 11. 2 von vorm. 10 bis nachm. 5 Uhr selbst im Hotel „Zur Burg“, Nebra, entgegen. **D. D.**

Raucherzähne

Die Spiegelstrukturen der Chlorodont-Zahnbürste ermöglicht das Reinigen und Weißputzen der Zähne auch an den Stellenflächchen. Nur echt in blau-weiß-grüner Originalpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Älteres Rentner-Ehepaar, ohne Anhang, sucht

kleine Wohnung

zu mieten in Nebra oder bei Nebra. Offerten an die Geschäftsstelle dieser Ztg. erbeten.

Spielkarten

hält vorrätig
Buchhdlg. Wilhelm Sauer
Roßleben.

Drucksachen

aller Art in moderner Ausführung
liefert prompt und gut

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben

Naturheilpraxis

mit Augen-, Gesichtis- und Handdiagnose
Komplex-Diagnostik — Biochemie — Naturheilverfahren.

Behandlung von:

Herz-, Nieren-, Leber-, Magen-, Darm-, Nervenleiden,
Wippen-, Gelenk-, Rheumatismus, Bluthochdruck,
Krämpfe, Zuckerkrankheit usw.

Dr. Köffelholz, Roßleben, Hotel „Zur Weintraube“.

Sprechzeit: Jeden Dienstag von 10—4 Uhr
Auf Bestellung komme ich auch nach auswärts ins Haus.

Am 16. Januar 1929 begann der große

Januar-Ausverkauf

Lassen Sie sich die günstige Kaufgelegenheit nicht entgehen.

Die Preise sind ganz gewaltig herabgesetzt!

Reste besonders billig!

Besichtigen Sie bitte die Ausstellung im Geschäft

Friedrich Krey, Inh.: Emil Krey
Nebra Nebra

Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weib, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr. 9

Sonnabend, den 19. Januar 1929

42. Jahrgang

850 Millionen Defizit.

Reichsfinanzminister Dr. Hilsberg über den Haushalt.
Im Haushaltsausblick des Reichstages wurde die Haushaltsberatung mit einer allgemeinen Ansprache fortgesetzt. Reichsfinanzminister Dr. Hilsberg wies zunächst darauf hin, daß der Nachtragshaushalt für 1928 im wesentlichen aus dem Personalhaushalt für 1929 sei, worin 50 Millionen Mark in Beträgen fämen. Davon seien 36 Millionen zwangsläufig, 14 Millionen entfielen auf Ausgaben, die nicht absolut zwingenden Ursachen entsprängen. Diese 14 Millionen dienen zur Durchführung der Reichstagsbeschlüsse, zur besseren Ausgestaltung des Buch- und Betriebsführungswesens, Stellenverbesserungen und Stellenvermehrungen bei den nachgeordneten Behörden und auf den Mehrbedarf bei den obersten Reichsbehörden. Es verbleiben 2 Millionen, wofür eine größere Freiheit der Abziehung oder Annahme für den Haushaltsausgleich gegeben sei.

Zur Haushaltslage im allgemeinen übergehend, erklärte der Minister u. a., das Steuerentkommen in den Monaten April bis Oktober habe insgesamt 8517 Millionen Mark ergeben, davon entfielen auf den Länderanteil 2639,6 Millionen und auf den Reichsanteil 4172,1 Millionen Mark. Die Entwidlung des Steuerentkommens habe durchaus den Erwartungen entsprochen.

Auf Grund der vorläufigen Schätzung für das letzte Vierteljahr würde sich für 1928 insgesamt ein Budget-Verlust von etwa 170 Millionen Mark ergeben, das aber noch den Ländern zugute käme.

Auf der Ausgabeleihe für 1928 entfielen mehrere über- und außerplanmäßige Ausgaben, wie für die Ueberbrückungsmittelgebiete, für die Zahlungen an Rumänien, für die Kriegskümpfe und für politische Zahlungen auf Grund der Salonarbeiterkürge in Höhe von 48 Millionen Mark. Reichsminister betonte der Minister, werde das Jahr 1928 mit einem Ueberschuß abgelingen. Reichsfinanzminister Hilsberg wurde sich dann der Ange für 1929 zu wand.

Wann das Budget zur Entscheidung des Reichstages für 1929 nicht endgültig Stellung genommen habe, könne er bestimmte Angaben dazu nicht machen. Nach seinen Vorstellungen werde der Haushalt vollkommen ausgeglichen sein.

Zusammen mit der Erhöhung der Reparationszinsen um 31 Millionen Mark beläuft sich der Reichsbeitrag für 1929 auf etwa 600 Millionen. Selbstverständlich seien noch weitere Anforderungen der Reichsentscheidungen, die das Defizit auf rund 850 Millionen Mark erhöhen würde. Der Minister betonte sein Bemühen, diese Anforderungen für 1929 abzumildern. Der Betrag, der durch neuen Steuerbedarf zu decken sei, werde sich auf rund 350 Millionen Mark belaufen. Der Minister hielt eine rechtzeitige Berücksichtigung des Haushalts noch für möglich und erklärte dann abschließend im Gegenfuß zu der deutschen nationalen Auffassung.

der Nachtragshaushalt 1928 sei für die Behandlung der Reparationsangelegenheit nicht geeignet.

Es handle sich um eine letztlich politische Frage, deren Grade rang zunächst im wesentlichen nachstehen müsse. Was schließlich die Reparationsfrage finanzpolitisch mit der Gesamtgestaltung des Haushalts verbunden, insofern werde eine Erweiterung der Reparationszinsen bei der Beratung des Haushalts zu erfolgen haben. Im übrigen sei der Zeitpunkt der Behandlung der Reparationsfrage eine wichtige politisch-wirtschaftliche Angelegenheit, deren Entscheidung sich die Reichsregierung vorbehalten müsse.

Berrat.

Deutsche Geheimdenkschrift in einem englischen Blatt veröffentlicht.

London, 17. Januar.

Die Zeitschrift „Review of Reviews“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer, unterzeichnet „Nauticus“, die Uebersetzung einer angeblichen Denkschrift des Reichswehrministers Broener, in der der Reichswehrminister die Pariser Führer von der Notwendigkeit des Baues des Panzerkreuzers A zu überzeugen sucht.

Nauticus meint zur Erläuterung, die Denkschrift enthalte die Ansichten des Reichswehrministeriums über die internationale Lage. Man könne gewisse Einwendungen gegen die Argumente Broeners erheben.

Die Denkschrift selbst beginnt: „Betrachtung. Der Reichswehrminister, Berlin, November 1928. Das Panzerkreuzer A.“

Was dem Text sei hervorgehoben, daß das angebliche Dokument ausführlich, die nötige Verteidigungsfähigkeit eines Landes bedeute.

geradezu eine Einladung an diejenigen Mächte, die deutsches Gebiet begehren.

Köln würde geradezu nach Diktoren hineingelockt, wenn es nicht mehr fürchten müßte, den Weg durch Verteidigungsartikel geparkt zu finden. Die Denkschrift erinnert an die Selbstverpflichtung von Piemont durch Italien, von Belgien durch Holland und von Rumänien durch Italien. In jedem der genannten Fälle sei es der Zweck des Ueberfalls gewesen, ein fait accompli zu schaffen, aus der Selbstverpflichtung eine gewisse Selbstverpflichtung zu machen. Es heißt demnach: „Politische Fragen nach deutschem Gebiet in Diktoren oder Ueberfällen und politische politische Betätigung sind keine Geheimnisse.“ Es wird dann noch auf die militärische Ausbildung politischer ziviler Vereine in Grenzgebiet hingewiesen und erwähnt, daß eine weitere Aufgabe der Verteidigungspolitik die Schaffung der Neutralität im Falle eines Konfliktes zwischen fremden Mächten sei. Dabei werden die Möglichkeiten solcher Fälle, darunter die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Köln



anten im Reichstag und in den Ausschüssen ausschließlich zur Sprache gekommen sind. Außerdem handele es sich nicht um eine Denkschrift der Reichsregierung, sondern eines einzelnen Reichsministers.

Wie das Schriftbild nach London kam.

London, 17. Januar.

Der Herausgeber der „Review of Reviews“, Wigham Steed, gab eine Erklärung darüber ab, wie die deutsche Denkschrift über den Bau des Panzerkreuzers in seinen Besitz gekommen sei. Er sagte: Die Denkschrift ist nicht ein geheimes Staatsdokument, aber sie ist sehr wichtig. Die ganze Sache war eine deutsche militärische Erklärung, die den Parteiführern vertraulich abgegeben wurde. Sie ist durchaus authentisch, und sie ist nicht gefälscht worden. Sie ist in der üblichen Weise an mich gelangt, auf einem Wege, den ich kenne und zu dem ich Vertrauen habe. In der Berliner Meldung, daß von den deutschen amtlichen Stellen eine Untersuchung angeordnet worden sei, bemerkt Wigham Steed: „Soweit ich in Frage komme, können Sie die Unterzuchtung wie sie wollen.“

Coolidge hat unterzeichnet.

Feierlicher Akt im Weißen Hause.

Newport, 17. Januar.

Im Weißen Hause in Washington fand heute vormittag um 10 Uhr die feierliche Unterzeichnung des Kriegsverzichtspaktes durch Präsident Coolidge statt. Die Besonderheit dieser Zeremonie wurde noch dadurch unterstrichen, daß sämtliche Mitglieder des Kabinetts, Präsident Dawes und zahlreiche Senatoren anwesend waren. Gemäß den Vertragsbestimmungen wird die Ratifizierungsurkunde dem eigentlichen Vertrag beigefügt werden.

Staatssekretär Kellogg hat sich mit großer Befriedigung über die Annahme des Kriegsverzichtspaktes durch den Senat ausgesprochen. Der deutsche und der englische Botschafter sowie eine Reihe anderer in Washington beglaubigter Diplomaten hatten dem Staatsdepartement Besuche ab und beglückwünschten Kellogg zu der Befähigung des Vertrages durch den Senat.

Eröffnung der Ausprache über die Flottenverträge.
Die Ausprache im amerikanischen Senat über die Kreuzerfrage ist mit einer Rede des Senators Swanson eröffnet worden. Swanson forderte mit allem Nachdruck eine größere Flotte für die Vereinigten Staaten mit dem Hinweis, daß Großbritannien die Meere beherrschen wolle.

Die Ernennung Morgans und Youngs.

Nicht vor nächster Woche.

Paris, 17. Januar.

Das Verfahren zur Ernennung der amerikanischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses hat, wie das „Echo de Paris“ u. a. ausführlich, am vergangenen Montag begonnen, als der englische Botschafter in Washington, Howard, als Zonen seinen Kollegen von Frankreich, Belgien, Italien, Japan und Dänemark die Wahl von Pierpont Morgan und Owen Young vorzuschlagen habe. Gleichzeitig habe die englische Regierung wissen

lassen, daß ihr die beiden Persönlichkeiten genehm seien. Am Dienstag hätten Frankreich und Deutschland, am Mittwoch Belgien und Italien und sicher auch Japan ihre Zustimmung erteilt.

Seit werde Howard Pierpont Morgan und Owen Young ein offizielles Angebot unterbreiten, mit denen Parker Gilbert bereits Fällung genommen habe. Wenn die Einwilligung Morgans und Owen Youngs vorliege, würden die Reparationskommission und die deutsche Regierung, nachdem sie sich verständigt hätten, daß seitens der Washingtoner Regierung keine Bedenken hinsichtlich der Ernennung der amerikanischen Sachverständigen vorzunehmen.

Nach einer Washingtoner Meldung werde die formelle Ernennung durch die Reparationskommission nicht vor nächster Woche erfolgen.

Parker Gilbert hat die Gerüchte über seine Rücktrittsabsichten in einer sehr kategorisch erscheinenden, aber trotz dem sehr wenig klaren Form demieckert. Er äußert lediglich: „Es mag Ihnen genügen, daß ich selbst zum ersten Male davon höre!“

Damit ist in keiner Weise gesagt, daß Herr Gilbert derartige Absichten nicht hat. Es heißt lediglich, daß man ihm bei der Befragung durch die Sachverständigen zum ersten Male davon gesprochen hat. Die amerikanische Presse hält denn auch weiterhin die Behauptung aufrecht, daß von einem weiteren Verbleiben Parker Gilberts als Reparationsagent nur dann die Rede sein könne, wenn die Sachverständigenarbeiten vollständig erfolgreich ausgehen. Diese Meinung erklärt zur Genüge, warum Herr Gilbert sich an einem Erfolg der neuen Reparationsverhandlungen so überaus interessiert gezeigt hat. Man muß sogar im Interesse der politischen Sauberkeit die Frage aufwerfen, ob Erwägungen dieser Art nicht auch für seinen Ueberschreiten und so unberechtigt optimistischen Ton bei der Abfassung seines letzten Jahresberichtes maßgebend waren.

So rüffel man in Polen.

Fast ein Drittel der Staatsausgaben für Kriegsvorbereitung.

Warschau, 17. Januar.

Im Budget-Ausschuß des polnischen Landtages wurde die Ausprache über den Militärhaushalt begonnen. Der Berichterstatter, Major Kosciolowski, teilte hierbei mit, daß die polnischen Ausgaben für die Kriegsvorbereitung 204 Millionen betragen, was ein Drittel des Staatsbudgets ausmachen würde. Im Vergleich zum Vorjahre seien diesmal 54 Millionen Poln mehr eingesetzt worden.

In der Ausprache wurde weniger die Höhe des Staatsbudgets kritisiert als die Personalpolitik, die im Jahre getrieben wurde.

König Alexanders Pläne.

Einführung des wahren Parlamentarismus durch gerechte Wahlgesetze.

Paris, 17. Januar.

Der „Matin“ veröffentlicht eine Uebersetzung seines Sonderberichterstatters mit König Alexander von Jugoslawien. Der König erklärte u. a.: Er habe nur die Wahl gehabt, die Verantwortung voll und ganz zu übernehmen oder sein Land der Anarchie preisgeben. Das Parlament sei nicht in der Lage, die Regierung zu bilden. Die Regierung zu bilden, Späterhin wolle er sein Land durch gerechte Wahlgesetze am wahren Parlamentarismus und der wahren Demokratie teilnehmen lassen. Er wolle, daß die Bevölkerung ihren Willen mit mehr Unabhängigkeit als in der Vergangenheit bekomme. Im dieses Ziel zu erreichen, müsse eine demokratischere und liberale Regierung vorbereitet werden, die gleichzeitig die territoriale und geistige Einheit Jugoslawiens schütze. Es müßte eine gute Beamtenschaft herangebildet werden.

Der Revolutionkrieg in Afghanistan.

Straßenkämpfe in Kabul.

Kairo, 17. Januar.

Nach den letzten hier eingetroffenen Nachrichten aus Afghanistan befindet sich die Stadt Kabul bereits von den Aufständischen besetzt. Es finden Straßenkämpfe statt. Die afghanische Artillerie hat das Gebäude der türkischen Gesandtschaft besetzt.

Der neue König befindet sich zwar immer noch in Kabul, aber er ist nicht die Lage nicht. Drei Viertel der Truppen befinden sich bereits auf Seiten der Aufständischen. Der Führer der Aufständischen, General Afshar, hat sich abgelehnt, mit den Briten zu verhandeln, sie der neue König zu ihm gelangt hatte.

Gerücheweise verlautet, daß der Stamm Mohmand besitzigke, die Wiedererhebung von Afghanistan zu verlangen und ihn zu bitten, die gegen die Aufständischen zu führen.

Drei Könige in Afghanistan.

Nach der letzten Meldung aus Kabul ist auch der zum König ausgerufenen Bruder Amanullah, Zynab Allah gekürt worden; der Nebenführer Nafizullah hat sich zum König ausgerufen lassen. Kabul ist von den Aufständischen eingenommen, die ausländischen Missionen befinden sich jedoch in Sicherheit.